

# DER HEIMATLOSENHANDEL ZWISCHEN EINIGEN OBER- UND UNTERWALLISER GEMEINDEN

von Patrick Willisch

Das eidgenössische Bundesgesetz über die Heimatlosigkeit von 1850 verpflichtete die Schweizer Kantone zur Einbürgerung der Heimatlosen. Das Wallis vollzog deren Einbürgerung<sup>1</sup> als letzter Schweizer Kanton. Das kantonale Gesetz über die Heimatlosigkeit trat erst 1870 in Kraft. Insgesamt wurden 5'146 Personen eingebürgert. 1878 war der Einbürgerungsprozess der Heimatlosen abgeschlossen.

Um den Heimatlosenhandel besser zu verstehen, beschäftigen wir uns zuerst mit den Heimatlosenkategorien und den Ursachen der Heimatlosigkeit.

## *Was sind Heimatlose?*

Der Begriff «Heimatlose» ist äusserst vielschichtig und unterscheidet sich von Kanton zu Kanton. Unter «Heimatlosen» versteht man gemäss der Definition von

1 Dieser Artikel beruht auf meiner Dissertation „Die Einbürgerung der Heimatlosen im Kanton Wallis (1850–1880)“, die 2002 von der Philosophischen Fakultät der Uni Fribourg angenommen wurde. Die Betreuung der Arbeit oblag Prof. Urs Altermatt. Vgl. *Patrick Willisch, Die Einbürgerung der Heimatlosen im Kanton Wallis (1850–1880)*, MS 2002.

Der erste Teil gibt einen kurzen Überblick über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Wallis von 1798 bis 1880. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Heimatlosengesetzgebung und dem eigentlichen Einbürgerungsprozess, dem die Integration und die langsame rechtliche Besserstellung der Walliser Heimatlosen bis zum eidgenössischen Heimatlosengesetz von 1850 vorausging. Der dritte Teil versucht mittels eines synchronen Schnittes um 1870 statistische Aussagen über die Heimatlosen zu machen. Die zentralen Fragestellungen sind die Herkunft der Heimatlosen und deren Berufe. Der vierte Teil versucht die Lebensgeschichten von 17 Heimatlosenfamilien zu rekonstruieren, die aus der Innerschweiz, Baden-Württemberg, dem Tirol, Vorarlberg, Savoyen und dem Piemont ins Wallis einwanderten. Hier wird der Zeitrahmen weit gesteckt, um die Entwicklung dieser Einwanderer über mehrere Generationen zu verfolgen. Im Anhang werden sämtliche eingebürgerten ewigen Einwohner, Tolerierten und Findelkinder aufgeführt.

Meier und Wolfensberger Personen, die «einen mangelhaften oder fehlenden bürgerrechtlichen Status aufweisen».<sup>2</sup> Ihnen fehlte das kantonale Bürgerrecht oder das Bürgerrecht in einer Gemeinde, oder auch beides. Für das Schweizer Staatsbürgerrecht war – wie noch heute – ein Bürgerrecht in einer Gemeinde erforderlich. Im Wallis können wir vier Heimatlosenkategorien unterscheiden: a) die ewigen Einwohner; b) die Tolerierten; c) die Unehelichen; d) die Findelkinder.

Bei den *ewigen Einwohnern* handelt es sich grösstenteils um Immigranten aus den Nachbarländern oder andern Kantonen, die im Wallis das ewige Wohnrecht besaßen, das man heute in etwa mit dem Permis C vergleichen könnte. Da sie sich nicht um die Bestätigung ihrer ursprünglichen Nationalität kümmerten, verloren sie ihre Bürgerrechte im Herkunftsland. Sie wurden jedoch in der Gesetzgebung unseres Kantons als Walliser bezeichnet und diejenigen ewigen Einwohner, die das Walliser Kantonsbürgerrecht erworben hatten, erhielten sogar 1852/53 das Wahlrecht auf kantonaler und kommunaler Ebene. Dies führte dazu, dass mit der Zeit einflussreiche ewige Einwohner in den Gemeinderat gewählt wurden. Die legitimen Nachkommen von Unehelichen wurden ebenfalls zu den ewigen Einwohnern gezählt. Ein Unehelicher, der eine Familie gründete, übertrug Frau und Kindern seinen Rechtsstatus. Frau und Kinder zählten zur Kategorie der ewigen Einwohner, der Vater jedoch zu den Unehelichen.

In den Amtsquellen spricht man oft von «eigentlichen Heimatlosen». Da es sich bei ihnen fast ausschliesslich um eine sesshafte Bevölkerung handelt, verwenden wir hier den Begriff «Tolerierte» oder «Geduldete», belassen aber den Ausdruck «eigentliche Heimatlose» in den zitierten Quellentexten.

Unter «Tolerierten» verstand man Leute, die von einer Gemeinde für eine gewisse Zeit auf ihrem Territorium geduldet wurden. Die Gemeinden durften diese im Gegensatz zu den ewigen Einwohnern jederzeit fortschicken. Im Ancien Régime bekam der Immigrant oft zuerst den Status des Tolerierten und wurde dann nach einigen Jahren ewiger Einwohner.

Durch diverse Gesetze bemühte sich der Staat Wallis in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts darum, möglichst viele Tolerierte zu ewigen Einwohnern zu machen. Im Verlaufe des 19. Jahrhunderts verringerte sich dadurch die Zahl der Geduldeten, und der Unterschied zwischen ihnen und den ewigen Einwohnern verlor zusehends an Bedeutung.

Zwar unterschied der Grosse Rat im kantonalen Heimatlosengesetz von 1870 zwischen «eigentlichen Heimatlosen» und «den ewigen Einwohnern», aber beim Vollzug des Gesetzes erfolgte die Einteilung in die beiden Kategorien oft willkürlich. Beim Vollzug des kantonalen Heimatlosengesetzes wurden illegitime Kinder

---

2 Thomas Meier / Rolf Wolfensberger, „Eine Heimat und doch keine“, Heimatlose und Nicht-Sesshafte in der Schweiz (16.–19. Jahrhundert), Zürich 1999, S. 33.

von ewigen Einwohnern oder Tolerierten in die Kategorie der «Unehelichen» eingeteilt.

### *Was sind die Ursachen der Heimatlosigkeit?*

Wir beschränken uns hier auf die wichtigsten Ursachen von Heimatlosigkeit, die in unserem Kanton relevant waren.<sup>3</sup>

### *Nichterneuerung von Bürgerrechten*

Viele Immigranten gingen ihrer Bürgerrechte im Heimatland oder Heimatkanton verlustig, weil sie es versäumten, ihre Bürgerrechte zu erneuern oder bestätigen zu lassen. Oft anerkannten ausländische Staaten oder schweizerische Gemeinden ihre Bürger nicht mehr an, indem sie vorgaben, dass keine Akten über die betreffenden Personen existierten. Für den Bundesrat war es schwierig, bei den Herkunftsländern der Heimatlosen zu intervenieren, zumal viele Heimatlose keine Papiere besaßen. Es lag auch nicht im Interesse der ewigen Einwohner, als Staatsangehörige ihres Herkunftslandes anerkannt zu werden. Die meisten der ewigen Einwohner wurden im Wallis geboren und gehörten zur zweiten und dritten Generation, welche die Heimat ihrer Vorfahren nur mehr vom Hörensagen kannten. Dies war die häufigste Ursache der Heimatlosigkeit im Wallis.

### *Heiraten*

Durch Heiraten mit ewigen Einwohnern, Tolerierten und Unehelichen verloren viele Walliserinnen ihr Bürgerrecht und übernahmen den heimatrechtlichen Status ihres Ehegatten.

Viele Kantone entzogen ihren Angehörigen wegen nicht genehmigter Heiraten das Bürgerrecht.<sup>4</sup>

Für Personen, die infolge ihrer unerlaubten Verheiratung im Wallis heimatlos wurden, kam der Staat auf. Uns sind nur zwei fahrende Familien bekannt, die wegen einer unerlaubten Eheschliessung im Wallis die Bürgerrechte erhielten.

Bis 1848 waren Mischehen in unserem Kanton grundsätzlich verboten. Ewige Einwohner(innen), die sich ausserhalb des Wallis ohne Erlaubnis verheirateten,

<sup>3</sup> Ebd., S. 33–95.

<sup>4</sup> Vgl. ebd., S. 39–68.

konnten in ihr Ursprungsland zurückgewiesen werden, falls sie dort noch heimatberechtigt waren, sonst mussten sie eine Busse zahlen.<sup>5</sup>

### *Verlust des Bürgerrechts*

Das Bürgerrecht war im Wallis an den dauernden Besitz von liegenden Gütern gebunden. Sowohl ortsansässige wie auch ortsabwesende Bürger mussten über ein Minimum an Immobilien verfügen. Der Bürger, welcher seine Güter verkaufte und das Minimum an Gütern unterschritt, verlor das Bürgerrecht. Wer sich nicht an die Satzungen der BURGERSCHAFT hielt, die Gemeinwerkspflicht nicht erfüllte, Fremde in sein Haus aufnahm, sein Haus an Fremde verkaufte oder Holzfrevel beging, wegen einer Straftat verurteilt oder des Landes verwiesen wurde, konnte ebenfalls mit dem Verlust des Bürgerrechtes bestraft werden.<sup>6</sup>

### *Fremde Dienste*

Das Dekret über die Anwerbung vom 6. Juni 1827<sup>7</sup> verbot es, ausländische Staatsbürger für Walliser Regimenter im Solddienst zu rekrutieren.

Liessen sich ausländische Söldner gegen den Willen ihrer Regierung in Schweizer Regimentern anwerben, verloren sie ihre Heimatrechte. Viele dieser Söldner reisten nach Abschluss ihres Dienstes mit Austrittsschriften ihres Regimentes versehen als Heimatlose in die Schweiz ein.<sup>8</sup>

Die wichtigsten Faktoren für die Entstehung von Heimatlosigkeit im Wallis waren eindeutig die Nichterneuerung der Bürgerrechte in der alten Heimat, die unehe-liche Geburt und die Heirat von Walliserinnen mit Immigranten. Für die Heimatlosigkeit einiger weniger Familien können unerlaubte Eheschliessungen angeführt werden. Der Verlust der Bürgerrechte von Wallisern und die fremden Dienste als Gründe für die Heimatlosigkeit lassen sich anhand der gesichteten Quellen nicht belegen.

Gehen wir nun zum eigentlichen Heimatlosenhandel über.

Die bevorstehende Einbürgerung der Heimatlosen gab in einigen Burgergemeinden zu Befürchtungen Anlass, auf die wir noch zurückkommen werden. Deshalb liess der Staatsrat vom Grossen Rat ein BURGERSCHAFTSGESETZ verabschieden, dass wenige Monate vor dem kantonalen Heimatlosengesetz vom 3. Dezember

5 Sammlung der Gesetze des Kantons Wallis, Bd.5, S. 542–546.

6 Vgl. dazu *Thomas Julien*, Das Bürgerrecht im Oberwallis, Zermatt 1978, S. 65–81.

7 Ebd., S. 37f.

8 Vgl. *Meier / Wolfensberger*, S. 83–87.

1870 in Kraft trat und den Verkauf oder die Aufteilung von Bürgergütern ermöglichte.

Folgende Bürgergemeinden erhielten vom Staatsrat die Genehmigung zur teilweisen Aufteilung oder zum Verkauf einzelner Güter unter die Bürger: Nax,<sup>9</sup> Vernamiège<sup>10</sup> Charrat,<sup>11</sup> Leuk,<sup>12</sup> Sitten<sup>13</sup> Grône,<sup>14</sup> Martigny-Bourg,<sup>15</sup> Siders,<sup>16</sup> Vionnaz,<sup>17</sup> Granges,<sup>18</sup> Saxon,<sup>19</sup> Ardon<sup>20</sup> und Nendaz<sup>21</sup>. Die Bürgergemeinde Troistorrents durfte ein Los Bürgerland verkaufen, um der Familie Bellon die Auswanderung nach Amerika zu finanzieren.<sup>22</sup> Ausser Nax, Vernamiège, Nendaz und Troistorrents nahmen ausschliesslich Bürgergemeinden der Rhoneebene Teilungen der Bürgergüter vor.

Zu dem Zeitpunkt waren in diesen Gemeinden die Einbürgerungen abgeschlossen.<sup>23</sup>

Staatsrat Antoine de Riedmatten<sup>24</sup> schlug vor, dass die Gemeinden ihren Heimatlosen ein Bürgerrecht in einer anderen Gemeinde kaufen dürften. Er wollte damit Güterteilungen in den Bürgergemeinden verhindern. Der Bundesrat bezeichnete den Vorschlag Riedmattens als «nicht unzulässig», sprach aber den Wunsch aus, dass die Gemeinden ihre ewigen Einwohner bei sich einbürgerten.<sup>25</sup> Von die-

9 Protocoles des séances du Conseil d'Etat, 10. Juni 1869, S. 512, StaVS, 1101–52.

10 Ebd., 3. Dezember 1869, S. 599.

11 Vgl. ebd., 29. Mai 1871, S. 222, StaVS, 1101–53.

12 «La bourgeoisie de Loèche-Ville demande l'autorisation d'un partage de ff. 60'000 représentés par des actions des trois tiers ou quartiers de la dite bourgeoisie aux établissement thermaux de Loèche-les-Bains. La demande est accordée, en réduisant toutefois les valeurs à partager à la somme de ff. 35'000.» Vgl. Protocoles des séances du Conseil d'Etat, 25. August 1871, S. 270, StaVS, 1101–53.

13 Ebd., S. 269.

14 Vgl. ebd., 6. September 1871, S. 275.

15 Vgl. ebd., 24. Juli 1872, S. 446.

16 Vgl. ebd., 2. August 1872, S. 447.

17 Ebd., 11. September 1872, S. 463.

18 Ebd., 30. September 1872, S. 475.

19 Ebd., 16. Oktober 1872, S. 486–487 u. 19. Oktober 1872, S. 489.

20 Vgl. ebd., 16. Oktober 1872, S. 487.

21 Rapport du Conseil d'Etat, 1873, DIVS, S. 14.

22 Protocole des séances du Conseil d'Etat, 19. Oktober 1872, S. 489, StaVS, 1101–53.

23 In Leuk waren die Heimatlosen am 14. Februar 1871, in Nendaz 1872 und in Saxon am 25. Januar 1872 eingebürgert worden. Vionnaz bürgerte seine letzten Heimatlosen am 18. April 1872 ein. Vgl. Heimatlosenlisten des Kantons Wallis, 1873, Bundesarchiv (=BAR), E 21, 20558 (HAZ–d/4308).

24 Antoine de Riedmatten (1811–1897), Staatsrat 1857–1871. Vgl. *Jean-Marc Biner*, Walliser Behörden 1848–1977/79, in: *Vallesia* 37 (1982), S. 358.

25 Brief des EJPD an den Staatsrat, 21. Januar 1871, StaVS, DJP1, 40.3.

ser Möglichkeit machten die Unterwalliser Gemeinden Port-Valais, Vouvry, Vionnaz, Monthey, Evionnaz, Martigny, St. Maurice und Massongex Gebrauch.<sup>26</sup>

Die Burgergemeinden St. Maurice und Vouvry schlossen mit der kleinen Burgergemeinde Martisberg einen speziellen Vertrag ab. Martisberg verpflichtete sich gegen eine finanzielle Entschädigung 90 Familien aus St. Maurice und 10 aus Vouvry Bürgerbriefe auszustellen. Diese Familien behielten ihre Rechte als ewige Einwohner in ihren Wohngemeinden. Die beiden Unterwalliser Gemeinden mussten eine schriftliche Garantieerklärung abgeben, dass die betreffenden Familien Martisberg nie zur Last fallen würden, und weder bei Armengenössigkeit, schlechtem Betragen noch aus anderen Ursachen in ihre «Burgergemeinde» abgeschoben werden könnten. Gemäss Vertrag hatten die Familien keinen Anspruch auf einen Heimatschein von Martisberg.<sup>27</sup> Als Bevollmächtigter der Gemeinde handelte der Notar Alfons von Sepibus (1821–1898)<sup>28</sup> mit St. Maurice und Vouvry die Einkaufssumme und Zahlungsart aus. Er zog das Geld ein<sup>29</sup> und haftete als Solidarbürge für die Burgerschaften St. Maurice und Vouvry, falls diese die oben genannten Vorbehalte nicht einhielten.<sup>30</sup>

Diese «fiktiven» Bürgerbriefe standen in krassem Widerspruch zum eidgenössischen und kantonalen Heimatlosengesetz.

Die Burgergemeinde St. Maurice hatte Martisberg 4'500 Franken für die Einbürgerung der 90 Familien (310 Personen)<sup>31</sup> zu bezahlen. Die Schuld der Burgergemeinde musste am 20. April 1878 getilgt sein; der jährliche Zinssatz betrug 5%.<sup>32</sup> Die Verhandlungen mit der Burgergemeinde Granges waren gescheitert, weil diese 50'000 Franken für die Einbürgerungen der 90 Familien forderte.<sup>33</sup>

Vouvry bezahlte für die zehn Familien<sup>34</sup> je 200 Franken.<sup>35</sup>

26 Bericht des Bundesrates über die Petition der ewigen Einwohner von St. Maurice und Port-Valais betreffend ihre Einbürgerung, 23. Februar 1872 (Bundesblatt, 1872, Bd. 1, S. 353–364).

27 Burgerratsprotokoll Martisberg, 7. April 1871, Abschrift, StaVS, ebd.

28 Alfons von Sepibus (1821–1898), Grossrat 1857–1889 (Östlich-Raron), Instruktionsrichter 1877–1898 (Östlich-Raron). Vgl. Biner, S. 371.

29 Dafür stellte er Martisberg einen Schuldschein aus. Vgl. Burgerratsprotokoll Martisberg, 7. April 1871, StaVS, DJP1, 40.4.

30 Ebd. Wörtlich hiess es: «Die Gemeinde Martisberg macht die Annahme dieser Einbürgerung nur unter der Bedingung, dass Notar Alfons von Sepibus in Mörel für die Erfüllung benannten Vorbehaltes sich für die Gemeinden St. Mauritz und Vouvry als Solidarbürg stelle, wofür er heute einen Schein ausgestellt hat.»

31 Vgl. Etat des habitants perpétuels de St-Maurice incorporés comme bourgeois dans la commune de Martisberg, 14. Mai 1871, StaVS, DJP1, 40.4.

32 Vertrag der Burgergemeinde mit Alfons von Sepibus, 20. April 1871, ebd.

33 Borgeaud, L'application de la loi cantonale sur le Heimatlos du 3 juin 1870 et ses conséquences: Vingt ans de procès, in: Pages Montheyssannes, 5 (1959), S. 305.

34 Vgl. die vom Burgerrat von Vouvry erstellte Liste der in Martisberg einzubürgernden Familien, 7. April 1871, StaVS, DJP1, 40.4.

Port-Valais schloss am 27. Mai 1871 einen ähnlichen Vertrag mit der kleinen Burgergemeinde Hohtenn (Bezirk Westlich-Raron). Hohtenn verpflichtete sich zur Einbürgerung von 17 Familien und erhielt dafür von Port-Valais 3'400 Franken, 200 Franken für einen Burgertrunk und ein grosses Gemeindeseil.

Der Vertrag enthielt folgende Vorbehalte:

1. Die eingebürgerten Personen und deren Nachkommen durften der Gemeinde Hohtenn nie zur Last fallen.
2. Port-Valais hatte kein Recht sie auszuweisen und musste die in Hohtenn eingebürgerten Individuen aufnehmen, wenn sie aus einer anderen Gemeinde ausgewiesen würden.
3. Falls eine dieser Personen in Hohtenn Wohnsitz nahm und armengenössig wurde, hatte Port-Valais für deren Unterhalt zu sorgen.
4. Sollten bei einer allfälligen Gütertrennung in der Ebene auch die nicht in Hohtenn sesshaften Bürger ihre Anteile erhalten, so musste Port-Valais Hohtenn die Anteile seiner in Hohtenn eingebürgerten Familien vergüten.<sup>36</sup>

Fieschertal bürgerte 6 Familien (23 Personen) aus Evionnaz,<sup>37</sup> 10 Familien (60) aus Martigny-Ville,<sup>38</sup> 7 Familien (45) aus Massongex,<sup>39</sup> ca. 40 Familien<sup>40</sup> aus Monthey sowie 3 Familien (25) aus Vionnaz<sup>41</sup> ein; insgesamt also rund 66 Familien.

Fieschertal gestand den eingebürgerten Familien ebenfalls nur ein «Bürgerrecht» und kein Heimatrecht zu.<sup>42</sup>

35 Brief des Gemeinderates von Vouvry an den Staatsrat, 2. Februar 1872, BAR, E 21, 20580, Petitionen.

36 Vertrag von Hohtenn mit Port-Valais vom 27. Mai 1871, Abschrift vom 11. Januar 1872, StaVS, DJP1, 40.4.

37 Liste der in Fieschertal eingebürgerten ewigen Einwohner von Evionnaz, 30. Januar 1872, StaVS, DJP1, 40.3.

38 Liste der in Fieschertal eingebürgerten ewigen Einwohner von Martigny-Ville, 23. Mai 1871, StaVS, ebd.

39 Liste der in Fieschertal eingebürgerten ewigen Einwohner von Massongex, Ende Mai 1871, ebd.

40 Monthey musste später 297 ewige Einwohner einbürgern. Vgl. Heimatlosenlisten des Kantons Wallis, Monthey, BAR, E 21, 20558 (HAZ-d / 4308).

41 Liste der in Fieschertal eingebürgerten ewigen Einwohner von Vionnaz, 18. Juni 1871, StaVS, DJP1, 40.3.

42 Bericht des Bürgerpräsidenten von Fieschertal über die Einbürgerungen aus Unterwalliser Gemeinden an den Staatsrat vom 29. November 1872, ebd. Die Vorbehalte waren für alle 5 Unterwalliser Gemeinden gleich: «Vu le prix pour lequel la Bourgeoisie de Fiescherthal a traité en cette circonstance avec la Bourgeoisie de Massongex, celle-ci déclare et donne acte à celle de Fiescherthal qu'elle renonce pour l'avenir à tout droit de jamais user du bénéfice des lois de Canton, pour renvoyer en vertu de celles-ci les dits Bourgeois agrégés ou leur descendants dans la commune de Fiescherthal, de manière à être en quoique soit à la charge de celle-ci, notamment pour indigence. Les dites familles étant ressortissantes et leurs membres habitants perpétuels de Massongex ne peuvent perdre en cette qualité qui leur est garantie au reste par les lois fédérales et cantonales sur

Aus einer Bescheinigung von Alfons de Sepibus, der auch hier für die Verhandlungen zuständig war, geht hervor, dass Fieschertal von den Gemeinden Evionnaz, Massongex, Martigny, Vionnaz und Monthey<sup>43</sup> 80 Franken für jede eingebürgerte Familie erhalten hatte.<sup>44</sup>

Am 16. November 1871 beschwerten sich die ewigen Einwohner von St. Maurice bei der Schweizerischen Bundesversammlung über ihre Einbürgerung in Martisberg. Statt mit ihnen über ihre Einbürgerung in St. Maurice zu verhandeln, habe die Burgergemeinde über 300 ewigen Einwohnern aus St. Maurice ein Bürgerrecht in der kleinen Berggemeinde Martisberg gekauft. Diese abgelegene und mittellose Gemeinde, die ungefähr 15 Haushalte zähle, sei ausserstande, ihren Verpflichtungen gegenüber den neu Eingebürgerten nachzukommen. Die ewigen Einwohner waren der Meinung, dass sie ihre Rechte in St. Maurice (Unterstützung bei Armengenössigkeit etc.) verlieren würden. Sie bezeichneten dieses Vorgehen als «Depotation und Menschenhandel» und baten die Bundesversammlung, sich für die Einbürgerung in ihrer Wohngemeinde auszusprechen.<sup>45</sup>

Am 23. Januar 1872 erhielt das EJPD ein Schreiben des Burgerrates von St. Maurice, in dem dieser sein Verhalten gegenüber den ewigen Einwohnern rechtfertigte. Dem Brief lag auch die Petition der ewigen Einwohner von St. Maurice sowie ein Beschluss der Gemeinde Martisberg vom 7. April 1871 mit sämtlichen Einbürgerungsvorbehalten bei.<sup>46</sup>

Die Burgergemeinde beklagte sich über die mangelnde Verhandlungsbereitschaft der ewigen Einwohner, die ohne die Angebote des Burgerrates zu prüfen, beim Bundesrat Petitionen eingereicht hätten. Im März 1871 hätten sich die Heimatlosen, die in St. Maurice Bürger werden wollten und ausreichende Garantien für die spätere Bezahlung der Einkaufssumme vorwiesen, vom Bürgerpräsidenten Charles de Werra<sup>47</sup> in eine Liste eintragen lassen können. Eine einzige Person habe davon Gebrauch gemacht und sei nun Bürger von St. Maurice. Das Komitee der ewigen Einwohner habe eine Versammlung abgehalten und sich gegen das Angebot ausgesprochen, weil es geglaubt habe, St. Maurice müsse die ewigen Einwohner kostenlos einbürgern. Von den 90 Familien, denen in Martisberg ein Bür-

l'heimatlosat de telle manière que leur position est simplement d'être incorporés à la Bourgeoise de Fiescherthal au lieu de l'être de Massongex.» Vgl. Vertrag von Massongex mit Fieschertal, 28. Mai 1871, ebd.

43 In einer Abschrift der Burgergemeinde Monthey ist jedoch von 160 Franken die Rede. Vgl. 20. November 1871, StaVS, DJPI, 40.6.

44 Bescheinigung von Alfons de Sepibus, 12. März 1871, StaVS, DJPI, 40.3.

45 Vgl. Petition der ewigen Einwohner von St. Maurice an die Bundesversammlung, 16. November 1871, BAR, E 21, 20580, Petitionen.

46 Bericht des Bundesrates über die Petition der ewigen Einwohner von St. Maurice und Port-Valais betreffend ihre Einbürgerung, 23. Februar 1872 (Bundesblatt, 1872, Bd. 1, S. 358–359).

47 Charles de Werra (1846–1895), Nationalrat 1878–1887 u. 1890–1895. Vgl. *Biner*, S. 390.



gerrecht gekauft worden war, hätten mindestens 15 ein beachtliches Vermögen. Laut kantonalem Heimatlosengesetz (Artikel 6) dürfe man die ewigen Einwohner mit ausreichendem Vermögen zum Einkauf ins Bürgerrecht des Ortes, wo sie ihre Rechte als ewige Einwohner ausübten, zwingen. Man habe davon abgesehen, weil die Einzubürgernden zu keinen Verhandlungen bereit gewesen seien und man keinen Zwang ausüben wollte. Die Aufnahme aller ewigen Einwohner würde in naher Zukunft zur Auflösung der Burgergemeinde führen. Zudem hätte dies die Zweiteilung der Burgerschaft in mehr- und minderberechtigte Bürger zur Folge. Der Burgerrat ging davon aus, dass nur die Heimatlosen, die sich ins Bürgerrecht einkauften, an den Burgerratsversammlungen teilnehmen und den Burgerrat wählen könnten, wogegen die übrigen als Minderbemittelte während einer langen Übergangszeit davon ausgeschlossen blieben. Es stehe ausser Zweifel, dass die in Martisberg eingebürgerten Personen ihre Rechte als ewige Einwohner in St. Maurice behielten. Der Staatsrat habe die Konvention mit Martisberg vom 7. April 1871 (Burgerprotokoll) visiert.<sup>48</sup>

Bundesrat Knüsel,<sup>49</sup> der Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartementes, übte scharfe Kritik am Staatsrat. Er bezeichnete den Vertrag von Martisberg mit St. Maurice und Vouvry als Schwindel.<sup>50</sup> Er stellte ausdrücklich fest, dass «die oberflächlichste Prüfung hätte zeigen müssen, dass mit einem solchen Abkommen wieder ganz ausnahmsweise Verhältnisse und Klassen von Bürgern geschaffen würden, die in den kompliziertesten Verhältnissen leben müssten, und dass also gerade das Gegenteil von der allgemeinen Gleichstellung der Bürger, welche die Bundesverfassung und speziell das Bundesgesetz fordert, erzielt würde.»<sup>51</sup>

Knüsel gab seinem Erstaunen darüber Ausdruck, dass der Staatsratspräsident diesen Vertrag am 17. April 1871 genehmigt hatte. Der Bundesrat habe sich den Kauf eines Bürgerrechtes in einer anderen Gemeinde ganz anders vorgestellt. Die Eingebürgerten müssten dort vollwertige Bürger werden. Der Artikel 4 des Bundesgesetzes (Burgernutzen) gelte nur für Gemeinden, die ihre Angehörigen dasebst einbürgerten.

Nun besäßen die ewigen Einwohner von St. Maurice und Vouvry zwar ein Papier, das sie als Bürger von Martisberg ausweise, die Rechte eines Burgers blieben ihnen jedoch verwehrt. Der Staatsrat hatte folgende Massnahmen zu treffen:

48 Brief der Burgergemeinde an die Bundesversammlung, 16. Januar 1872, BAR, E 21, 20580, Petitionen.

49 Joseph Martin Knüsel (1813–1889), Bundesrat 1855–1875. Vgl. *Urs Altermatt* (Hg.), *Die Schweizer Bundesräte*, Zürich 1991, S. 153–156.

50 Brief des EJPD an den Staatsrat, 26. Januar 1872, StaVS, DJP1, 40.4.

51 Bericht des Bundesrates über die Petition der ewigen Einwohner von St. Maurice und Port-Valais betreffend ihre Einbürgerung, 23. Februar 1872 (Bundesblatt, 1872, Bd. 1, S. 359).

1. Annullierung der Verträge zwischen Martisberg und St. Maurice / Vouvry. Die beiden Unterwalliser Gemeinden mussten ihre ewigen Einwohner bei sich oder als vollberechtigte Bürger in einer anderen Gemeinde einbürgern.
2. Dem Bundesrat innert 14 Tagen einen Gesetzesnachtrag, der die Bedingungen für die Einbürgerung von Heimatlosen und ewigen Einwohnern in andern Gemeinden festlegte, zur Genehmigung vorlegen.
3. Der Staatsrat sollte abklären, welche Gemeinden bereits Einbürgerungen vollzogen hatten oder dies noch tun wollten und die Verträge zur Überprüfung nach Bern senden.<sup>52</sup>

In seiner Antwort betonte der Staatsrat, dass die Bürgerbriefe von Martisberg keine Einschränkungen enthielten und deshalb von ihm genehmigt wurden. Er habe keine Kenntnis von den gesetzeswidrigen Bestimmungen des Martisberger Bürgerprotokolls gehabt, sei dadurch jedoch nicht weniger als der Bundesrat überrascht worden und teile dessen Entrüstung.

Der Präsident des alten Staatsrates, Antoine Ribordy, der keine Deutschkenntnisse besitze, habe den betreffenden Vertrag unterschrieben, ohne auf dessen Inhalt zu achten, wie es halt manchmal bei Legalisierungen vorkomme.

Beim Staatsrat sei nie eine Klage gegen den betreffenden Vertrag eingereicht worden. Die ewigen Einwohner von St. Maurice hätten ganz allgemein gegen die Einbürgerung in einer anderen Gemeinde protestiert, worauf ihnen der Staatsrat am 30. März 1871 die Grundlagen des kantonalen Heimatlosengesetzes erläutert habe. Den Einwohnern von Vionnaz, die in einer andern Gemeinde eingebürgert wurden, seien die diesbezüglichen Akten auf deren Anfrage zugestellt worden.

Der Staatsrat hielt es für unnötig, das aktuelle Vollziehungsreglement des kantonalen Heimatlosengesetzes durch spezielle Bestimmungen über die Einbürgerung von Heimatlosen in andern Gemeinden zu ergänzen, weil es dem Bundesgesetz und der Interpretation des Bundesrates entspreche.

Obwohl der Staatsrat den Vorfall bedauerte und eingestand, dass das Gesetz über die Heimatlosigkeit im Wallis nicht verstanden werde, verwahrte er sich gegen die Schärfe des bundesrätlichen Schreibens.<sup>53</sup>

Das EJPD beharrte jedoch auf den Nachträgen zum Ausführungsreglement. Alle Beteiligten sollten ihre Rechte kennen. Dies fördere die Kontrolle über den Vollzug des Heimatlosengesetzes im Wallis. Ausserdem hoffte das Justiz- und Polizeidepartement darauf, dass sich keine Gemeinden finden würden, «welche die Angehörigen einer andern Gemeinde bei sich einbürgern wollten, denn das Hässliche dieses offenen Schachers über Menschen tritt immer widerlicher hervor.»<sup>54</sup>

52 Brief des EJPD an den Staatsrat, 26. Januar 1872, StaVS, DJP1, 40.4.

53 Vgl. Brief des Staatsrates an das EJPD, 27. Januar 1872, BAR, E 21, 20580, Petitionen.

54 Brief des EJPD an den Staatsrat, 29. Januar 1872, StaVS, DJP1, 40.4.

Der vom Walliser Departement des Innern nach Bern gesandte Nachtragsentwurf zum Vollziehungsgesetz erwies sich jedoch als ungenügend.<sup>55</sup>

Der Staatsrat fasste am 19. Februar 1872 einen Beschluss,<sup>56</sup> der die von Martisberg gegenüber seinen neuen Burgern gemachten Vorbehalte für nichtig erklärte. Der Bundesrat war mit diesem Beschluss, der die Gemeinde Martisberg möglicherweise zu bedeutenden Mehrleistungen (bspw. Armenunterstützung) verpflichtete, nicht einverstanden. Zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses sei dies Martisberg nicht bekannt gewesen. Der Bundesrat schlug vor, den Vertrag für ungültig zu erklären, weil er dem Heimatlosengesetz widerspreche.<sup>57</sup>

Als der eidgenössische Heimatlosenbeamte Trachsler<sup>58</sup> betonte, dass sich die Bundesversammlung generell gegen die Einbürgerung der Heimatlosen in einer andern Gemeinde aussprechen könnte,<sup>59</sup> hielt der Staatsrat dagegen, dass dies nicht möglich sei, handle es sich doch dabei um ein dem Gesetz entsprechendes und vom Bundesrat genehmigtes Recht. Es sei zudem unmöglich, die Verträge mit der Gemeinde Martisberg zu annullieren, die bereits mehrere tausend Franken erhalten habe, ohne das öffentliche und das Privatrecht zu missachten.<sup>60</sup>

Schliesslich entschied sich die Bundesversammlung am 28. Februar (Nationalrat) und 4. März 1872 (Ständerat) gegen die Einbürgerung von ewigen Einwohnern in andern Gemeinden, es sei denn, sie erfolge mit dem Einverständnis der Einzubürgernden.<sup>61</sup>

Aufgrund dieses Bundesbeschlusses erhielt die Walliser Regierung am 7. März 1872 vom EJPD ausführliche Anweisungen zur Vollziehung des kantonalen Hei-

55 Der Entwurf lautete folgendermassen: «Les communes qui veulent procurer un droit de bourgeoisie à leurs heimathlosen hors de leurs sein doivent préalablement soumettre à l'approbation du conseil d'Etat les conventions qu'elles ont passées à ce sujet avec les communes qui se chargent de l'incorporation.» Brief des Staatsrates an das EJPD, 31. Januar 1872, BAR, E 21, 20580, Petitionen.

56 Vgl. Beschluss des Staatsrates über die Einbürgerungen in Martisberg, 19. Februar 1872, ebd.  
57 Ebd.

58 Johann Jakob Trachsler (1820–1893), eidgenössischer Beamter 1853–1893. Vgl. HBLS, Bd. 7, S. 35.

59 Brief von Trachsler an den Staatsrat, 3. Februar 1872, StaVS, DJPI, 40.4.

60 Brief des DIVS an Trachsler, 10. Februar 1872, BAR, E 21, 20580, Petitionen.

61 Wörtlich lautete der Bundesbeschluss folgendermassen:

«1. Diejenigen ewigen Einwohner, welche bestimmten Gemeinden angehören, können ohne ihre Einwilligung nicht andern Gemeinden bürgerrechtlich zugetheilt werden.

2. Der Kanton Wallis wird eingeladen, dafür zu sorgen, dass dieser Gesetzesauslegung auf seinem Gebiete gehörige Folge gegeben werde. Bezüglich des Einkaufs in den Bürgernutzen wird er auf die ihm durch Art. 5 desselben Gesetzes eingeräumten Attribute hingewiesen.» Vgl. Bundesbeschluss betreffend die Einbürgerung der ewigen Einwohner von St. Maurice und Port-Valais vom 4. März 1872 (Bundesblatt, 1872, Bd. 1, S. 489–490).

matlosengesetzes. Sämtliche Einbürgerungen, die dem Bundesbeschluss widersprachen, mussten rückgängig gemacht werden.

Die davon Betroffenen waren unverzüglich in der Gemeinde einzubürgern, der sie als ewige Einwohner angehörten. Der Staatsrat sollte die ewigen Einwohner auffordern, sich mit den Gemeindebehörden für Verhandlungen zusammenzusetzen, damit diese «künftig offen und gegenseitig loyal geführt werden». Der Bericht des Bundesrates über die Petition der ewigen Einwohner vom 23. Februar 1872 war auch den betroffenen Gemeinden und ihren ewigen Einwohnern vom Bund zugestellt worden, um sie über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären.

Auch die ewigen Einwohner blieben von der Kritik des Bundesrats nicht verschont. Sie hätten sich fast 20 Jahre lang nicht um ihre Einbürgerung bemüht. Obwohl der Bundesrat die ewigen Einwohner von St. Maurice und Port-Valais<sup>62</sup> aufgefordert habe, in einer ausführlichen Schrift ihre Verhältnisse klar darzulegen und konkrete Beschwerden mit bestimmten Begehren vorzulegen, sei dies nie geschehen. Stattdessen hätten sie bloss theoretische Fragen gestellt, auf die der Bundesrat, dem der Entscheid über konkrete strittige Fälle obliege, nicht eintreten konnte.<sup>63</sup> Der Bundesrat warf den ewigen Einwohnern vor, dass sie «es mit der Wahrheit nicht immer genau nehmen, obschon sie im Besitze des Heimatlosengesetzes und des Vollziehungsreglementes sind und schon mehrfache Belehrungen erhalten haben.»<sup>64</sup>

Aus einem Schreiben des Staatsrats an den Bundesrat geht hervor, dass der Vertreter der Gemeinde Martisberg das Bürgerprotokoll vom 7. April 1871 für «ein Missverständnis ohne Bedeutung» hielt. Er zweifelte nicht, dass die Burgerversammlung besagtes Protokoll rückgängig machen werde. Der Staatsrat hielt fest, dass er dem Bundesrat ein Doppel des neuen Bürgerprotokolls von Martisberg senden werde.<sup>65</sup> Am 22. Februar 1872 beschloss die Burgergemeinde Fieschertal, die eingebürgerten Heimatlosen aus dem Unterwallis gemäss dem eidgenössischen und kantonalen Heimatlosengesetz ohne bisherige Einschränkungen als Bürger zu akzeptieren. Der Staatsrat betonte, dass Martisberg dasselbe tun werde, obwohl der

62 Die ewigen Einwohner und Heimatlosen von Port-Valais beschwerten sich zuerst nur über die Verzögerung der Einbürgerung. Vgl. Bericht des Bundesrates über die Petition der ewigen Einwohner von St. Maurice und Port-Valais betreffend ihre Einbürgerung, 23. Februar 1872 (Bundesblatt, 1872, Bd. 1, S. 365). Am 8. Februar 1872 erkundigten sie sich beim Bundesrat, ob sie das Bürgerrecht von Hohen, das ihnen keinen Nutzen bringe, annehmen müssten. Vgl. Brief der ewigen Einwohner und Heimatlosen von Port-Valais an den Bundesrat, 8. Februar 1872, BAR, E 21, 20580, Petitionen.

63 Mehrmals beklagten sich die ewigen Einwohner auch über die Verzögerung ihrer Einbürgerung. Vgl. Bericht des Bundesrates über die Petition der ewigen Einwohner von St. Maurice und Port-Valais betreffend ihre Einbürgerung, 23. Februar 1872 (Bundesblatt, 1872, Bd. 1, S. 358).

64 Ebd., S. 365.

65 Brief des DIVS an Trachsler, 10. Februar 1872, BAR, E 21, 20580, Petitionen.

Beschluss des Staatsrats diese Entscheidung vorweggenommen habe und überflüssig mache.<sup>66</sup>

Die Gemeinde Vouvry bezog in einem Brief an den Staatsrat Stellung zu den illegalen Einbürgerungen in Martisberg. Vouvry habe 56 Familien oder Individuen in die eigene Bürgergemeinde aufgenommen. Der Einkaufspreis, der je nach Vermögen zwischen 150 und 1'000 Franken betrug, sei von einer aus 18 Burgern bestehenden Kommission festgesetzt worden. Angesichts des Burgerschaftsvermögens von über einer halben Million handle es sich hier um eine ausgesprochen bescheidene Summe. 10 Personen oder Familien hätten die Angebote der Kommission verächtlich zurückgewiesen, so dass nichts anders übriggeblieben sei, als sie in einer andern Gemeinde einzubürgern. Durch die Vermittlung hoher Kantonsbeamter habe man Kontakt mit Martisberg aufgenommen, ohne zu wissen, dass diese Gemeinde auch mit St. Maurice verhandelte. Von der Klausel, die Martisberg von der Ausstellung von Heimatscheinen befreite, habe die Gemeinde Vouvry keine Kenntnis gehabt. Falls Martisberg Schwierigkeiten mache, werde man das Geld zurückfordern und die betreffenden Personen in einer andern Gemeinde einbürgern.

Als Beispiel für «den schlechten Willen» und das grosse Selbstverschulden der in Martisberg eingebürgerten Personen wurde der Fall der ledigen Brüder Grenat angeführt. Diese besäßen ein Haus mit Scheune, Stall und zwei Stück Vieh samt Futter für den Winter und hätten für ihre Einbürgerung in Vouvry 400 Franken (in 20 Jahresraten) zahlen müssen, womit sie jedoch nicht einverstanden waren. Während der letzten 10 Jahre habe ihnen die Bürgergemeinde die Nutzung ihrer Güter gegen ein Entgelt von 20 Franken (pro Jahr) gewährt.<sup>67</sup>

Das in Vouvry angewandte Verfahren für alle ewigen Einwohner eine bestimmte Einkaufssumme festzulegen und diejenigen, die sich weigerten, diese zu bezahlen, in Martisberg einzubürgern, widersprach sowohl dem eidgenössischen als auch dem kantonalen Heimatlosengesetz. Nur Personen mit hinreichendem Vermögen konnten zum Einkauf in den vollen Burgernutzen angehalten werden.

Wie die Einschätzung in Vouvry vor sich ging, zeigte der Bundesrat am Beispiel der Brüder Grenat auf. Sie hätten trotz ihrer 53 bzw. 55 Jahre noch 20 Jahresraten à 20 Franken bezahlen müssen, um als Bürger in ihrem Wohnort aufgenommen zu werden.

In St. Maurice verhandelte die Bürgergemeinde mit den ewigen Einwohnern, die etwas Vermögen besaßen. Wer die hohe Einkaufssumme akzeptierte, wurde gleichenorts eingebürgert, den Petenten, die eine «amtliche Feststellung der Einkaufssumme verlangten», verschaffte sie ein Bürgerrecht in Martisberg. Der Bundesrat wunderte sich darüber, warum sich die beiden Gemeinden so rücksichtslos

66 Brief des DIVS an Trachsler, 24. Februar 1872, ebd.

67 Brief des Gemeindepräsidenten von Vouvry an das DIVS, 2. Februar 1872, ebd.

über das kantonale Heimatlosengesetz und das Vollziehungsreglement hinwegsetzen konnten, ohne dass der Staatsrat oder die ewigen Einwohner ein Mittel dagegen fanden.<sup>68</sup>

St. Maurice bemühte sich ebenfalls um eine Rechtfertigung. Man habe zuerst vergeblich eine Unterwalliser Gemeinde gesucht, die bereit gewesen wäre, die betreffenden Familien gegen Entschädigung als Bürger aufzunehmen. Schliesslich sei unter Vermittlung von Alfons de Sepibus ein Vertrag zustande gekommen. Die Burgergemeinde St. Maurice habe von Sepibus das Bürgerprotokoll Martisbergs (7. April 1871) in deutscher Sprache erhalten, das vom Präsidenten und dem Sekretär Martisbergs, dem Präfekten von Östlich-Raron und dem Staatsratspräsidenten unterschrieben worden war. Da niemand im Burgerrat des Deutschen kundig sei, habe man das Protokoll als eine offizielle Bestätigung des Mandats von Sepibus betrachtet und im Vertrauen angenommen. Deshalb habe der Burgerrat<sup>69</sup> die gesetzeswidrigen Bestimmungen, die das Burgerratsprotokoll enthielt, nicht gekannt. Um abklären zu lassen, ob die von Martisberg verlangten Vorbehalte legal seien, habe sich der Präsident der Burgergemeinde St. Maurice zum damaligen Vorsteher des Departements des Innern, Antoine de Riedmatten, begeben. Dieser hielt die Vorbehalte für gesetzeskonform und entwarf sogar die Erklärung,<sup>70</sup> mit der sich von Sepibus einverstanden erklärte. Sobald der Staatsrat den Burgerrat von St. Maurice über die Ungültigkeit der Einbürgerung in Martisberg informiert habe, habe letzterer die Burgergemeinde Martisberg aufgefordert, das Burgerratsprotokoll vom 7. April 1871 rückgängig zu machen und einen gesetzeskonformen Vertrag auszuarbeiten. Falls dies nicht geschehe, werde St. Maurice die Konvention für ungültig erklären lassen. Der Burgerrat betonte, sein Verschulden beruhe nicht auf Böswilligkeit, sondern auf Unkenntnis der Dinge, habe er doch das Martisberger Bürgerprotokoll im guten Glauben nach Bern geschickt. Der Burgerrat bat den Staatsrat, dem Bundesrat die beigelegte Kopie des Briefes zu senden.<sup>71</sup>

68 Bericht des Bundesrates über die Petition der ewigen Einwohner von St. Maurice und Port-Valais betreffend ihre Einbürgerung, 23. Februar 1872 (Bundesblatt, 1872, Bd. 1, S. 370–371).

69 Der Burgerrat bezeichnete von Sepibus als Ehrenmann und ging davon aus, dass er sich nicht bewusst gewesen sei, dass die einschränkenden Bestimmungen der Konvention von St. Maurice und Martisberg zuwiderliefen. Vgl. den Brief des Burgerrates von St. Maurice an den Staatsrat, 6. Februar 1872, BAR, E 21, 20580, Petitionen.

70 «La Bourgeoisie de St-Maurice donne acte que les familles ci-après désignées, auxquelles la Commune de Martisberg a accordé le droit de Bourgeoisie, conservent ainsi que leurs descendants, dans la commune de le droit de manence perpétuelle conformément au dernier alinea de l'article 5 de la loi du 3 juin 1870 sur l'Heimatlosat et y seront par-conséquent toujours reçus en cette qualité.» Vgl. Etats des habitants perpétuels de St-Maurice incorporés comme bourgeois dans la commune de Martisberg, 29. Mai 1871, StaVS, DJP1, 40.4.

71 Ebd.

Am 13. Juni 1872 erhielten die ewigen Einwohner von St. Maurice das Bürgerrecht in ihrer Wohngemeinde. Evionnaz vollzog diesen Schritt bereits am 23. März, Martigny am 15. Mai, Massongex am 4. Juni desselben Jahres.<sup>72</sup>

Vionnaz bürgerte die drei Familien, für die es in Fieschertal Bürgerrechte gekauft hatte, am 18. April 1872 in der eigenen Bürgergemeinde ein<sup>73</sup> und behielt sich einen Rekurs ans Verwaltungsgericht vor, falls die BURGERSCHAFT Fieschertal die Einkaufssumme nicht zurückerstattete.<sup>74</sup> Der Advokat Charles de Werra vertrat die Interessen der 5 Bürgergemeinden Martigny-Ville, Evionnaz, Massongex, Monthey und Vionnaz gegenüber Fieschertal. Nun stellte sich heraus, dass Fieschertal von den insgesamt 8'200 Franken nur 40 %, also 3'280 Franken erhalten hatte. Den Rest hatte Alfons von Sepibus als Honorar behalten.

Die 5 Gemeinden forderten von Fieschertal die Bezahlung der gesamten Summe von 8'200 Franken. Fieschertal war der Ansicht, dass es den Unterwalliser Gemeinden nichts schuldete. Da beide Parteien mit dem Urteil des Bezirksgerichts Goms nicht einverstanden waren, zogen sie den Fall ans Appellationsgericht weiter, welches Fieschertal am 4. April 1888 zur Rückgabe des Geldes verpflichtete.

Nachdem das Bundesgericht am 15. Dezember 1888 einen Rekurs von Fieschertal abgelehnt hatte, wurde das Urteil des Appellationsgerichtes rechtsgültig.

Die Prozesskosten und die Zinsen für die 8'200 Franken vergrösserten die Schuld Fieschertals. Felix Clausen,<sup>75</sup> der die Interessen der armen Gommer Gemeinde vertrat, bat die Unterwalliser Bürgergemeinden um eine Reduktion der Forderungen. Am 23. Januar 1889 erklärten sich die fünf Bürgergemeinden bereit, Fieschertal 30 % der Zinsen zu erlassen, falls die Schuld sofort beglichen werde. 1891 belief sich die Schuld von Fieschertal auf 11'176, 25 Franken, die erst 1897 – unter anderem durch einen Holzschlag – getilgt werden konnte.<sup>76</sup> Schliesslich einigte man sich darauf, dass Fieschertal für jede der 58 Familien einen Rabatt von 30 Franken bekam. So verringerte sich zwar die Schuld von 8'200 auf 6'460 Franken, wobei aber noch 5'170 Franken Schuldzinsen hinzukamen.<sup>77</sup> Für eine Bürgergemeinde, die ein versteuerbares Vermögen von 36'656 Franken aufwies, das in zwei Alpweiden und 137 Hektaren Wald bestand, stellten diese 11'630 Franken eine grosse finanzielle Belastung dar. Alfons von Sepibus, der den Heimatlosenhandel

72 Heimatlosenlisten des Kantons Wallis, St. Maurice, Evionnaz, Martigny-Ville, Massongex, BAR, E 21, 20558 (HAZ-d/4308).

73 Ebd., Vionnaz.

74 Brief der Bürgergemeinde Vionnaz an den Staatsrat vom 5. Dezember 1872, StaVS, DJP1, 40.6.

75 Felix Clausen (1834–1916), Bundesrichter 1891–1916, Vgl. ebd., S.273f.

76 Borgeaud, S. 300–307.

77 Brief von Joseph Durier an die Gemeindepräsidenten von Martigny-Ville, Evionnaz, Massongex, Monthey und Vionnaz, 14. Januar 1898, Gemeindearchiv Vionnaz, P 1142, StaVS. Der Advokat Joseph Durier vertrat nach dem Tod von Charles de Werra die Interessen der 5 Gemeinden.

eingefädelt hatte und sich daran skrupellos bereichern wollte, musste sein fürstliches Honorar zurückgeben.<sup>78</sup>

Warum löst die grosse Zahl anstehender Einbürgerungen so grosse Ängste aus? Die Armenfürsorge oblag den Burgerschaften. Sie befürchteten, dass ihre finanziellen Mittel für den Unterhalt von allfälligen armengenössigen Heimatlosen nicht ausreichten. Zudem verteilte sich der Burgernutzen plötzlich auf mehr Köpfe. Es fällt auf, dass der Widerstand gegen die Einbürgerungen in den Talgemeinden der Bezirke Martigny, St. Maurice und Monthey am stärksten war. Hier lag die Zahl der Einzubürgernden<sup>79</sup> besonders hoch. Zudem handelte es sich um reiche Bürgergemeinden mit erheblichem Grundbesitz.

Mit dem Verbot des Solddienstes durch den Bundesstaat (1849) war ein Ventil für die Überbevölkerung weggefallen. Die Auswanderung nahm in den folgenden Jahrzehnten zu.

Die Angst um die eigene Existenz war das Hauptmotiv für den Widerstand der Bürgergemeinden gegen das Heimatlosengesetz. Aus heutiger Sicht mögen uns diese Ängste schwer verständlich erscheinen. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass noch 1994 in der Schweiz die erleichterte Einbürgerung für ausländische Jugendliche der zweiten Generation am Ständemehr scheiterte.

Viele Gemeinden liessen sich bei der Ausstellung der Bürgerdiplome viel Zeit – auch eine Form des Widerstands.

Die Abwehrhaltung der Bürger ist nicht auf Fremdenfeindlichkeit zurückzuführen. Viele Heimatlose lebten seit mehreren Generationen im selben Dorf und hatten sich mit Einheimischen verheiratet. Sie galten als sozial integriert. Die Burgerschaft und der Burgernutzen blieb ihnen jedoch vorenthalten, es sei denn, sie kauften sich ins Bürgerrecht ein. Die hohen Einkaufssummen dienten als Abwehrschranken gegen Einbürgerungen, die als Bedrohung für das fragile ökonomische Gleichgewicht der Bürgergemeinden empfunden wurden. Die Bürgergemeinde war im Wallis noch lange wichtiger als die Einwohnergemeinde. Im 19. Jahrhundert lebten noch 4 von 5 Wallisern in der Gemeinde, in der sie Bürger waren. Die Trennlinien verliefen nicht zwischen Ausländern und Einheimischen. Im Wallis galten schon die Leute aus dem Nachbardorf als Fremde. Der Fremde musste also nicht zwangsläufig ein Ausländer sein. Erst 1830 erhielten die Walliser das freie Niederlassungsrecht ausserhalb ihrer Bürgergemeinde. Den Schweizer Staatsbürgern aus andern Kantonen gestand das Wallis dieses Recht erst 1855 zu, obwohl es

78 Borgeaud, S. 304.

79 St. Maurice bürgerte im Verhältnis zu seiner Wohnbevölkerung (1870) mit 22.2% am meisten Heimatlose im ganzen Kanton ein. Auch Port-Valais (16.7%), Vouvry (12.4%), Monthey (11.8%), Vionnaz (9.5%), Evionnaz (8.1%), Martigny-Ville und Massongex (7.6%) nahmen zahlreiche Einbürgerungen vor. Im Oberwallis wiesen Leukerbad (18.5%), Leuk (13.8%), Visp (10.7%) und Brig (10.2%) die höchsten Werte auf. Vgl. Willisch, S. 174.



in der Bundesverfassung von 1848 ausdrücklich festgehalten war. Erst nach dem Vollzug des Heimatlosengesetzes erhielt der Begriff «Ausländer» im Wallis seine heutige Bedeutung «Angehöriger eines andern Staates».

Es fällt auf, dass die Gemeinden Gesetze häufig nur mit grosser Verzögerung oder nur mangelhaft vollzogen. Die Ausführung des Heimatlosengesetzes bot manchen Gemeinden Schwierigkeiten, weil sie den Gesetzestext nicht richtig verstanden und sich bisweilen mit komplizierten Fällen zu beschäftigen hatten.

Die zögerliche Gesetzesausführung der Gemeinden kann auch als Misstrauen gegen die erstarkende Staatsgewalt gedeutet werden. Die Gemeinden wollten möglichst wenig alte Rechte an die Exekutive in Sitten abtreten. Die Erinnerung an die starke Stellung der Gemeinden und Zenden im 18. und frühen 19. Jahrhundert war noch nicht verblasst.

In den meisten Gemeinden hielten sich die Schwierigkeiten bei der Einbürgerung der Heimatlosen in Grenzen, wenn auch die Eingliederung langsam erfolgte.

Die grosse Zahl der einzubürgernden Heimatlosen (5'146 Personen)<sup>80</sup> führte zu einer weiteren Verzögerung. Die Grenzkantone Graubünden, Wallis und Tessin wiesen am meisten Heimatlose in der ganzen Schweiz auf.

Allein der Kanton Graubünden musste 6'878 Personen einbürgern, was mehr als einem Drittel der in der Schweiz registrierten Heimatlosen entsprach. Die Waadt und das Tessin taten sich bei der Einbürgerung ihrer Heimatlosen ebenfalls schwer; das Wallis war also kein Einzelfall.

Es gibt noch heute Oberwalliser Familien, deren Vorfahren als Heimatlose eingebürgert wurden: Gehrig (Fiesch), Frankini (Gluringen), Feller (Brig / Sitten), Manz und Meyenberg (Brig), Cathrein, Lütolf und Schneller (Glis), Fallert (Naters), Rüttimann (Termen), Domig, Furger und Gentinetta (Visp), Bertholjotti (Stalden), Regotz (Staldenried), Pollinger und Walch (St. Niklaus), Marx (Raron / Varen), Lötscher (Agarn / Oberems), Hagnauer und Ott (Turtmann), Tschopp (Leuk / Leukerbad / Varen) und Pichel (Salgesch). Aus dem Unterwallis seien nur die Familien Orsat und Neuwerth erwähnt. Einer der bekanntesten Heimatlosen war der Erfinder und Kurarzt Ernest Guglielminetti,<sup>81</sup> der mit seiner Mutter und seinen Geschwistern in Bürgen eingebürgert wurde.

80 3'565 Personen waren ewige Einwohner, 1392 Uneheliche, 179 Tolerierte und 10 Findelkinder. Vgl. *Willisch*, S. 172.

81 Vgl. *Werner Kämpfen*, Dr. Goudron. Erfinder der Strassenteuerung, Forscher, Arzt, Diplomat und Weltenbummler, Zürich 1944.